

## Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik

Seit einigen Jahren wird in Deutschland versucht, die systematische Förderung freiwilligen Engagements als ein explizites Politikfeld in Bund, Ländern

**Adalbert Evers**  
Dr. rer. pol., geb. 1948; Professor i. R.; Senior Fellow am Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI), Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Adenauerplatz 1, 69115 Heidelberg.  
adalbert.evers@csi.uni-heidelberg.de

**Thomas Klie**  
Dr. jur., geb. 1955; Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Evangelischen Hochschule Freiburg; Vorsitzender der Zweiten Engagementberichtscommission der Bundesregierung; Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung, Bugginger Straße 38, 79114 Freiburg.  
klie@zze-freiburg.de

**Paul-Stefan Roß**  
Dr. rer. soc., geb. 1963; Professor für Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit und Leiter des Masterstudiengangs Governance Sozialer Arbeit sowie des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (IfaS) an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart, Fakultät Sozialwesen, Rotebühlstraße 131, 70197 Stuttgart.  
paul-stefan.ross@dhbw-stuttgart.de

und Kommunen zu etablieren.<sup>1</sup> Die sogenannte Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung<sup>2</sup> sowie die in jüngster Zeit erarbeiteten Engagementstrategien Baden-Württembergs<sup>3</sup> und Hamburgs<sup>4</sup> können – ungeachtet deutlicher Unterschiede – als Schritte in diese Richtung interpretiert werden. Für 2015 ist der zweite Engagementbericht der Bundesregierung avisiert.

Diese Bemühungen um die Etablierung von Engagementförderung als Politikfeld verleihen folgender Frage Aktualität und Dringlichkeit: Was ist eigentlich unter jenem „Engagement“, das hier systematisch zum Gegenstand politischer Prozesse (*politics*) und inhaltlicher Politiken (*policy*) gemacht werden soll, zu verstehen? Diese Frage als solche ist alles andere als neu. Wir vertreten jedoch

zu beantworten ist. Kernaspekte eines solchen aktuellen Verständigungsversuches möchten wir hier entfalten.

Gesellschaftliche und politische Wandlungs- und Transformationsprozesse wurden und werden zum Anlass für Diskurse über „Engagement“ – hier sehr allgemein verstanden als Dachbegriff für ein Tätigwerden von Menschen für eigene und/oder fremde Belange. Unterschiedliche Funktionen von Engagement, unterschiedliche Verständnisse von und Begriffe für Engagement kommen dabei zum Ausdruck. Dies lässt sich auch in der deutschen Geschichte nachzeichnen: Im Kontext der administrativen und sozialen Reformen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie des aufblühenden Vereinswesens wurden unter der Chiffre „Ehrenamt“ Aspekte von Engagement thematisiert, die mit Amtlichkeit, Staatsnähe, Patrimoniats- und gesellschaftlichem Ansehen zu tun haben. Um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert etablierten sich vielfältige Formen ehrenamtlichen Engagements in den sich herausbildenden Wohlfahrtsverbänden, von kirchlichen Verbänden bis zu denen der Arbeiterbewegungen; sie rahmen und prägen bis heute Traditionen und Selbstverständnis „Ehrenamtlicher“. Auch durch die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, unter dem Engagement in den ideologischen Sog des Dienstes an der „Volksgemeinschaft“ geriet, führte die Mitte des 20. Jahrhunderts verstärkt einsetzende Pluralisierung der soziokulturellen Milieus beziehungsweise der individuellen Werteinstellungen dazu, dass die Freiwilligkeit von Engagement jenseits fester weltanschaulicher Einbettungen in den Vordergrund trat. Die sozialen und politischen Bewegungen Ende der 1960er und der 1970er Jahre stellten

<sup>1</sup> Vgl. Thomas Olk/Ansgar Klein/Birger Hartnuß (Hrsg.), Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden 2010.

<sup>2</sup> Vgl. Bundesregierung (Hrsg.), Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung, Berlin 2010.

<sup>3</sup> Vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg, Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu ‚Engagement-Räumen‘ entwickeln – Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und Bewertung, Stuttgart 2014.

<sup>4</sup> Vgl. Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Hamburger Strategie für freiwilliges Engagement 2020 (Engagementstrategie 2020), Hamburg 2014.

Engagementformen des Protests, des aktiven Widerstands und der Selbstorganisation in den Vordergrund. Dabei führten die „Engagementwelten“ klassischer Ehrenamtlichkeit beziehungsweise neuer Freiwilligentätigkeit hier und des politischen Protestes beziehungsweise der außerparlamentarischen politischen Beteiligung dort jedoch weitgehend eine Parallelexistenz. Seit den 1990er Jahren lenken die Transformationsprozesse der politischen und sozialstaatlichen Systeme den Blick auf die Bedeutung von Engagement für die Stärkung der Demokratie, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Daseinsvorsorge insgesamt und wird mit der Rede von „Bürger-schaftlichem Engagement“ an republikanische Denktraditionen und den Diskurs zur Zivilgesellschaft angeknüpft.<sup>15</sup>

Vieles spricht dafür, dass heute ein weiterer Schub gesellschaftlicher Entwicklung einen erneut veränderten Blick auf „Engagement“ und damit eine weitere Etappe des Engagementdiskurses induziert. Angekommen in einer Zuwanderungsgesellschaft, erfährt Deutschland eine weitere Pluralisierung auch seiner Engagementlandschaft.<sup>16</sup> Die Entwicklung hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft führt dazu, dass Abgrenzungen zwischen existenzsichernder beruflicher Erwerbsarbeit und freiwilligem unentgeltlichem Engagement zunehmend schwieriger werden. Die Digitalisierung der Kommunikation im virtuellen Raum des Internets durchdringt auch das Engagement. Wo „Inklusion“, „Teilhabe“, „Vielfalt“, „Sozialraumorientierung“ und „Welfaremix“ zu Leitbegriffen der sozialpolitischen Debatten werden, wird auch der potenzielle Beitrag von Engagement neu diskutiert.

Im Kontext dieser Entwicklungen nimmt die Vielfalt der Engagementformen zu. Neue

<sup>15</sup> Vgl. Thomas Klie et al., *Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg*. 1. Wissenschaftlicher Jahresbericht 1996/97, in: Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), *Bürgerschaftliches Engagement*, Bd. 11, Stuttgart 1997; Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“/Deutscher Bundestag, *Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*, Opladen 2002.

<sup>16</sup> Vgl. Paul-Stefan Roß/Iren Steiner, *Vielfalt des Engagements in einer offenen Gesellschaft. Warum wir die Diskussion über „Freiwilliges Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund“ hinter uns lassen sollten*, in: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft vom 24.10.2014.

Differenzierungen und Justierungen unter dem weiten Dach des Engagementbegriffs sollten allerdings nicht anhand der gebräuchlichen Semantiken für die unterschiedlichen Engagementtraditionen geschehen, sondern vielmehr in Kategorien, die Spannungsverhältnisse, aber auch Vermittlungsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Engagementformen reflektieren.

## Vielfältiges Engagement – Pole eines Spannungsfeldes

„Engagement“ als Dachbegriff lässt Raum für eine große Vielfalt von Formen und Kategorien. Der Vorteil des von der Enquete-Kommission aufgenommenen Begriffs des „bürgerschaftlichen Engagements“<sup>17</sup> war es, beide genannten Bereiche anzusprechen, also grundsätzlich sowohl Aktivbürgerschaft in mehr oder minder politiknahen Formen als auch freiwillige Aktivitäten bis hinein in den Bereich gemeinsamer Geselligkeit. Diese große begriffliche Breite schafft jedoch auch Probleme. Umso wichtiger wird es vor diesem Hintergrund, unterschiedliche Teilbereiche, Formen und Leit motive von Engagement kenntlich zu machen, ohne Zusammenhänge, wechselseitige Bezüge und Mischformen zu ignorieren. Im Folgenden wird das in Bezug auf vier Spannungslinien versucht.

Engagement zwischen freiwilliger Mitarbeit und Mitsprache bei Entscheidungsprozessen. Auf der einen Seite gibt es all die Handlungsformen, in denen sich Engagement vor allem praktisch in vielfältigen Formen wechselseitiger Hilfe (Solidarität), der Sorge und Hilfe für Andere (*care*) oder dem Einsatz für Sport, Kultur und Umwelt ausdrückt. Ein Bezug zum engeren Bereich der Politik und dem weiteren Bereich öffentlicher Auseinandersetzungen ist zwar möglich, aber nicht konstitutiv. Nicht zufällig spricht man hier oft von „Freiwilligenarbeit“, werden doch gemeinsam Leistungen erbracht – im Unterschied etwa zum Engagement einer Bürgerinitiative oder NGO.

Auf der anderen Seite finden sich Formen des Engagements, bei denen es um Handeln im politischen Gemeinwesen in der Form von Forderungen, Argumenten, der Orga-

<sup>17</sup> Enquete-Kommission (Anm. 5).

nisation von Meinungsführerschaft, Protest und Kampagnen geht. Vieles davon ist in modernen Demokratien in Formen der partizipatorischen Ergänzung repräsentativer Demokratie institutionalisiert worden. Zu unterstreichen ist, dass diese Formen von Engagement vor allem mit den Mitteln der Sprache operieren und als deliberative Prozesse zu verstehen sind. Als solche werden sie denn auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion gefasst und als „politische Partizipation“ und *civic action* von anderen Formen des Engagements unterschieden.

Mit beiden Schwerpunkten befasst sich eine breite Diskussion: (Demokratie-)Theorien mit Fragen aktiver Bürgerschaftlichkeit, soziologische, kulturwissenschaftliche und historische Studien mit Ehrenamt, freiwilliger Mitarbeit, *volunteering* oder *benevolat*. Ein Problem liegt darin, dass beide Zugänge die jeweils andere Seite ausblenden.<sup>8</sup> Wie weit das selbst für avancierte Versuche gilt, „Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“ greifbar zu machen, lässt sich beispielsweise an einer jüngst vom Staatsministerium Baden-Württemberg und der Bertelsmann-Stiftung herausgegebenen Studie überprüfen.<sup>9</sup> Zwischen bürgerschaftlichem Engagement, das von der Politik etwas einfordert, und engagierter Solidarität und Hilfe jenseits politischer Debatten und Kontroversen ist jedoch viel Raum. Das ließe sich am Engagement in lokalen Projekten für neue Umwelt- und Energieversorgungskonzepte ebenso illustrieren wie an Bürgerinitiativen, die angesichts der aktuellen Asylprobleme vor Ort zugleich praktisch helfen und sich einmischen, oder an den zahlreichen Projekten, bei denen Pragmatismus und Utopie leitend sind. Das Engagement vieler heutiger Formen sozialer und kultureller Bewegungen lässt sich weder allein in Kategorien des Protestes und der politischen Partizipation fassen, noch allein als unpolitische Suche nach Lebenssinn oder praktischen Lösungen verstehen.

<sup>8</sup> Vgl. Lars Skov Henrikson/Lars Svedberg, *Volunteering and Social Activism: Moving Beyond the Traditional Divide*, in: *Journal of Civil Society*, 6 (2010) 2, S. 95–99.

<sup>9</sup> Vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg/Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*, Gütersloh 2014.

Engagement zwischen Protest und Widerstand und der Stärkung von Gemeinsinn. Ein konstitutiver Aspekt alter und neuerer sozialer Bewegungen ist immer Protest und Widerstand. Man engagiert sich für die Anerkennung von Forderungen und Verhaltensweisen, die von tragenden Mehrheiten als fremd oder gar inakzeptabel angesehen werden. An der Schwelle zum 20. Jahrhundert erhielten bürgerschaftliches Engagement, Caritas und Ehrenamt durch die Arbeiterbewegungen vielfältige Anstöße, mit Arbeitervereinen, Arbeiterkrankenkassen, Genossenschaften und anderem. Ein weiterer bedeutsamer Schub ergab sich im Kontext der sozialen Bewegungen der 1970er Jahre – mit Frauen- und Umweltbewegungen beispielsweise. Auch heute gibt es vielfältige Bewegungen des kulturellen Aufbruchs und seiner Politisierung, etwa bei Fragen von Ernährung, Gesundheit oder Ökologie.

Auf der anderen Seite lebt Engagement aber auch von der Bestandskraft kultureller Muster und Orientierungen, die für unsere Gesellschaft mitprägend sind, einmal neu waren und jetzt zu ihrem Traditionsbestand zählen. Große Bereiche des Engagements bei Kultur, Sport und ähnlichen Formen selbst organisierter Geselligkeit spiegeln diesen Reichtum an Traditionen, von Nation, Loyalität, Nachbarschaft, persönlichen Vertrauensverhältnissen, aber auch die Schwierigkeiten, bei den eigenen Anliegen und der entsprechenden Vereinstätigkeit mit gesellschaftlichem Wandel Schritt zu halten. Die Orientierung hin auf Gemeinsinn und Konsens impliziert sehr oft einen grundsätzlichen Abstand von Politik mit ihren Kontroversen. Aber sie kann auch zu überraschenden Kurzschlüssen zwischen Minderheitenprotest und Ansprüchen auf Bewahrung von Traditionen führen. Pegida beispielsweise kann wohl kaum für sich reklamieren „Wir sind das Volk!“. Was aber, wenn man hier reklamieren würde „Wir sind auch das Volk“? Wie sollte sich demgegenüber die Forderung nach Anerkennung der Vielfalt von Engagement ausdrücken?

Im Spannungsfeld von Minderheitenprotest und Berufung auf den Gemeinsinn aller Bürger hat sich aber auch ein breites Zwischenfeld an Vermittlungsformen entwickelt, die weit weniger problematisch sind. Bei lokalen Verfahren, die unter breiter Beteiligung der Bürger Leitbilder für Stadtentwick-

lung und urbanes Leben erarbeiten wollen, werden die Karten zwischen der Orientierung auf Bewahrung und Wandel, Konsens und Konflikt neu gemischt. Vor einigen Jahrzehnten wäre es wohl weit schwieriger gewesen, so wie heute den Slogan „Wir sind bunt“ zu einem breit geteilten Leitbild von Stadtentwicklung zu machen. Weitere Beispiele für Engagement zwischen Bewahrung und Protest lassen sich bei den Wohlfahrts- und Sozialverbänden finden. Sie treten aus ihren korporatistischen Einbindungen immer wieder mit advokatorischen Anliegen und Aktionen heraus (beispielsweise beim Thema Kinderarmut) und zeigen dabei ihre Fähigkeit und den Willen, *charity* und *change* miteinander zu vermitteln.

Engagement zwischen organisiertem freiwilligen Engagement und aktiver Sorge in informellen Netzwerken. Ob Ehrenamt, freiwilliges oder bürgerschaftliches Engagement, Bürgerinitiative oder Bürgerbeteiligung – in den vergangenen 200 Jahren hat sich in Deutschland ein Verständnis von Engagement herausgebildet, das in hohem Maße auf einen bestimmten Grad formaler Organisation<sup>10</sup> und auf ein Agieren im öffentlichen Raum abhebt. Beide Merkmale haben zweifellos zur Leistungsfähigkeit des assoziativen Dritten Sektors beigetragen. Zugleich haben sie die Herausbildung jenes charakteristischen Systems der Verflechtungen zwischen einzelnen Bürgern, Assoziationen, Staat und Wirtschaft ermöglicht, das als Korporatismus bezeichnet wird. Sie haben aber auch dazu geführt, dass ein Handeln in informellen, lebensweltlichen Kontexten im Grenzgebiet von „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ allzu leicht als „privat“ einsortiert wird und damit in den Engagementdebatten aus dem Blick gerät.

Auf der anderen Seite wird die Bedeutung informeller Ressourcen seit einiger Zeit wieder deutlich stärker in Erinnerung gerufen, beispielsweise mit Blick auf den steigenden Bedarf an Unterstützung älterer Menschen als einem Aspekt des demografischen Wandels. Pflege, darauf wird immer wieder verwiesen,

<sup>10</sup> Dabei dominiert die Rechtsform des eingetragenen Vereins (e. V.), der aktuell eine neuerliche Konjunktur erlebt. Vgl. Holger Krimmer/Jana Priemer, ZIVIZ-Survey 2012. Zivilgesellschaft verstehen, Berlin 2013.

wird nach wie vor zu einem hohen Prozentsatz nicht nur in familiären Settings, sondern auch in nachbarschaftlichen und sonstigen von persönlicher Bekanntschaft und Vertrauen geprägten Bezügen geleistet, die weder ganz privat noch ganz öffentlich sind.

Damit zeigt sich, dass es auch in diesem dritten Spannungsfeld eine ganze Reihe von Zwischenformen gibt. Verdeutlicht werden kann dies an zwei ganz unterschiedlichen Feldern: Arrangements der Sorge für ältere Menschen<sup>11</sup> oder Menschen mit Behinderungen, die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglichen; und Arrangements für eine Energieversorgung, die dem Prinzip der Nachhaltigkeit gerecht wird („Energiewende“). Hier wie dort ist es bereits heute so, dass sich ein Engagement in informellen, voröffentlichen Zusammenhängen (als pflegender Angehöriger oder als dezentraler privater Energieproduzent) und ein Engagement in formalisierten, öffentlichen Zusammenhängen (in der Organisation eines Mittagstisches für demenziell erkrankte Menschen oder als aktives Mitglied einer Energiegenossenschaft) oft miteinander verknüpfen.

Engagement zwischen *bonding* als Möglichkeiten der Selbstbehauptung und *bridging* zwischen unterschiedlichen Gruppen und Kulturen. Der Soziologe Robert Putnam hat in seiner Auseinandersetzung mit dem Konzept des Sozialkapitals die Unterscheidung zwischen verbindendem (*bonding*) und überbrückendem (*bridging*) *social capital* eingeführt.<sup>12</sup> Verbindende Solidarität in Gemeinschaften ist auf exklusive Netzwerke ausgerichtet. Sie hat ihre wichtige Funktion in Aufbau und Erhalt von Vertrauen in von Reziprozität geprägten Netzwerken, seien es Nachbarschaften, Glaubensgemeinschaften oder ethnische Gruppierungen. Nachbarschaften sind neben Familien die wichtigsten Institutionen von alltagsrelevantem Engagement. Sie verwahren sich vielerorts gegen Vereinnahmungen in öffentliche Engagementförderung und sind gleichzeitig im Blick professioneller Quartiersentwicklung. Mi-

<sup>11</sup> Vgl. Thomas Klie, *Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft*, München 2014.

<sup>12</sup> Vgl. Robert D. Putnam, *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000.

grantenselbstorganisationen in ihren Funktionen der Traditionssicherung und Selbstbehauptung in der Fremde bilden und pflegen *bonding social capital* – mit teilweise problematischen externen Effekten. Das überbrückende Sozialkapital verbindet unterschiedliche soziale, politische und kulturelle Gruppen und lebt davon, mit Menschen zu kooperieren, die „anders“ sind und denken als man selbst. Inklusions-, Integrationsanliegen und Bilder einer bunten Gesellschaft leben vom *bridging*: Die Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen, die Öffnung von Nachbarschaften für Menschen mit Behinderung oder Vorstellungen von demenzfreundlichen Kommunen sind Ausdruck dieser überbrückenden Solidarität. Auch in diesem vierten Spannungsfeld finden sich vielfältige Zwischenformen und Kombinationen: traditionelle Nachbarschaften, die sich als solche einer Gruppe von Flüchtlingen öffnen und für sie engagieren, feste Gruppen von Älteren, die sich für und mit Kindern generationsübergreifend engagieren.

## Herausforderungen an Politik in einer zivilen Gesellschaft

Gesellschaftlicher Wandel und mit ihm auch der Wandel der Engagementlandschaft ist von vielen Faktoren geprägt – wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen. Immer hat aber auch die Politik dabei eine wichtige Rolle gespielt. Sie förderte oder marginalisierte bestimmte Formen des Engagements; sie half beispielsweise ehrenamtliches Engagement, den Status der Gemeinnützigkeit, Mitbestimmungsformen und Verbandsrecht zu institutionalisieren. Unter ihrem Einfluss ergaben sich im demokratischen Deutschland der Nachkriegszeit eine korporatistische Ordnung, die Interessengruppen und Verbänden einen bestimmten Platz in der politischen Willensbildung zuwies, und eine sozialstaatliche Ordnung, die bestimmte Vorstellungen von der Mitverantwortung der Bürger in Familie, Gemeinde und Gesellschaft postulierte.

Welchen Platz soll Engagement mit seinen zuvor skizzierten vielfältigen Formen, Ansprüchen und Selbstverständnissen in Zukunft einnehmen? Welche Rolle sollen insbesondere jene Formen spielen, die im klassischen Kanon bislang nicht vorgesehen waren? Drei Maximen halten wir für besonders wichtig:

Die Vielfalt von Engagementformen wahrnehmen und respektieren. Es ist wiederholt kritisiert worden, die Engagementstrategie der Bundesregierung sei durch eine mehrfache Verengung von Engagement gekennzeichnet: Vom Eigensinn, der Freiheit und der politischen Einmischung ist nirgendwo die Rede, alles konzentriert sich auf den sozialen Nutzwert von Engagement, Helfen und Pflegen und das, was am ehesten mit einer Gemeinsinnrhetorik kompatibel ist.<sup>13</sup> Das in vielen öffentlichen Ansprachen gern benutzte (Un-)Wort vom Engagement als „Kitt“ oder die Forderungen nach einem Pflichtdienst für Senioren passen gut zu solchen Bedeutungszuschreibungen. Indem hier einseitig bestimmte Dimensionen und Formen von Engagement fürs Ganze ausgegeben werden, wird daraus ein affirmativer Diskurs. Aber auch umgekehrt: Wie weit ist jener andere Engagement- und Partizipationsdiskurs vom kritischen, sich einmischenden, mitreden wollenden Bürger ein realitätstüchtiges Leitbild oder nicht vielmehr ein Wunschbild mit Blindflecken?

Es geht also um die Frage nach Profil und Selektivität vorherrschender Leitbilder von Engagement – in der Politik, aber auch der öffentlichen Meinung. Die Aufmerksamkeit für den sozialpolitischen Nutzen von Engagement und seine integrative Rolle drängt Engagement als Ferment der Demokratie, als Widerspruch und Infragestellung von Hierarchien und Kompetenzverteilungen zwischen Bürgern, Wirtschaft und (Sozial-)Staat oft in den Hintergrund.

Sich für Engagement jenseits traditioneller Trennungen und Kategorien sensibilisieren. Nachdem in Deutschland lange Zeit ein Diskurs dominierte, bei dem Engagement mit Helfen und Zivilgesellschaft mit Gemeinsinn enggeführt wurden, hat sich nicht zuletzt mit „Stuttgart 21“ ein zweiter Strang rekonstituiert, in dem es um Partizipation der Bürger an staatlicher Politik und Planung, das Versprechen auf einen anderen Umgang mit Konflikten und widerstreitenden Interessen geht. Partizipations- und Engagementdebatten werden bislang allerdings

<sup>13</sup> Vgl. Thomas Rübke/Claudia Leitzmann, Für die Fortführung der Bauarbeiten. Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung als erster Schritt einer Engagementpolitik, o. O. 2013.

sehr oft zweigleisig geführt. Tatsächlich geht es aber bei Partizipation nicht immer und allein darum, wie weit Politik und Experten die Einwände, Vorbehalte (und Eigeninteressen) der Bürger in ihrer ganzen Breite ernst nehmen, sondern auch darum, inwieweit Verfahren geeignet sind, die Kompetenzen, Alternativkonzepte, Projekte und mögliche dauerhafte eigene Beiträge von Gruppen aktiver Bürger in Beteiligungskonzepten einzubeziehen. In internationalen Studien zu lokalen „sozialen Innovationen“,<sup>14</sup> aber auch bei entsprechenden Projekten in Deutschland zur Quartiersentwicklung, lokalen Energiepolitik, der Schulpolitik, im Umgang mit Flüchtlingen findet sich ein besonderes Potenzial an Erfahrungswissen und Kompetenzen. Von seiner Nutzung und Einbeziehung können beide profitieren, partizipative Politik und Projekte. Vieles spricht also dafür, dass Politiken des „Gehörtwerdens“ wirksamer werden, wenn sie das Engagement des „Selbermachens“ wertschätzen und einbeziehen.

Der Ruf nach Politiken der Vermittlung unterschiedlicher Formen und Orientierungen von Engagement lässt sich aber auch in Hinblick auf die anderen von uns bezeichneten Spannungslinien beobachten. Die derzeit so populäre Arbeit an Leitbildern für die zukünftige Entwicklung der eigenen Stadt und Gemeinde kann zum Beispiel nur dann mehr als Wohlfühl Szenarien liefern, wenn sowohl in diesen Leitbildern wie auch im Prozess ihrer Erarbeitung Platz für das Engagement von und für Minderheiten, Divergenz und Unangepasstes ist. Eine erfinderische Politik der Engagementförderung ist auch da gefragt, wo man nicht in der traditionellen Gegenüberstellung von gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Formen des Engagements denkt, sondern – wie etwa bei der politischen Unterstützung von neuen gemeinsamen Wohnformen im Alter – die öffentliche und private Seite einer Aufwertung von *care* und neue Wege der Vergesellschaftung von Sorgaufgaben zusammendenkt. Und jene

<sup>14</sup> Vgl. Adalbert Evers/Benjamin Ewert/Taco Branden (Hrsg.), *Social Innovations For Social Cohesion. Transnational Patterns and Approaches from 20 European Cities*, 2014, [www.wilcoproject.eu/ereader-wilco/](http://www.wilcoproject.eu/ereader-wilco/) (1.2.2015); Adalbert Evers, *Freiwilliges Engagement und politische Partizipation. Auf der Suche nach Verbindungen*, in: BBE-Newsletter vom 8.1.2015.

Gruppen von Migranten, die in einem Zusammenschluss des *bonding* ihre religiösen und kulturellen Besonderheiten bewahren wollen, kommen in offenen Gesellschaften an interkultureller Verhandlung und einer darauf eingestellten Politik nicht vorbei; die Öffnung hin auf Allianzen des *bridging* und ein gemeinsames Engagement schwacher und starker Gruppen haben dabei eine Schlüsselrolle.

Bessere Beziehungen zwischen Regierungspolitiken und den verschiedenen Mitspielern in der Zivilgesellschaft finden. Eine international kontrovers diskutierte Frage betrifft Nähe und Distanz zwischen von Engagement (mit)getragenen Initiativen, Projekten und Organisationen des Dritten Sektors und der verfassten Politik und Verwaltung. Wo und inwieweit soll es um feste finanzielle Förderung von Beiträgen aus der Zivilgesellschaft gehen, ihre Angliederung an staatliche Politiken und Leistungskataloge? Und wo will man dem Eigensinn von Vereinen, Initiativen und Projekten mehr Raum geben, auch um den Preis, dass sie dann nur indirekt auf die Kultur staatlicher Angebote und Leistungen einwirken können? Die Anerkennung der Vielfalt von Engagement verlangt auch den Respekt verschiedener Arrangements von Nähe und Distanz. Angesichts dessen ist es nicht einfach, allgemein verbindliche Leitsätze, wie sie in anderen Ländern in *compacts*<sup>15</sup> gefasst worden sind, zu finden. In der Regel benennen sie eher Minima und Verfahren, vor allem das, was man in jedem Fall vermeiden sollte, wie beispielsweise instrumentelle Haltungen im Umgang mit Engagement.

Die Frage, wie das liberale Versprechen auf garantierte Freiheitsräume und Schutz vor staatlicher Einflussnahme verbunden werden kann mit republikanischen Traditionen der Einbindung in und Mitverantwortung der Bürger für die Belange des Gemeinwesens, bleibt kompliziert und strittig.<sup>16</sup> In den USA, die generell offener sind für Experi-

<sup>15</sup> Vgl. Martha Reuter et al., *Policy Tools or Mirrors of Politics. Government-Voluntary Sector Compacts in the Post-Welfare State Age*, in: *Nonprofit Policy Forum*, 3 (2012) 2, S. 1–22.

<sup>16</sup> Vgl. Paul-Stefan Roß, *Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune*, Baden-Baden 2012.

mente, wird die Diskussion um neue Formen von Regierungspolitik unter anderem unter dem Schlagwort von „democratic experimentalism“<sup>17</sup> geführt. Die Frage nach den möglichen Rollen von Engagement ist hier eingebettet in eine Vorstellung von Politik, die fähig ist, von experimentellen Formen der Problemlösung unter zivilgesellschaftlicher Beteiligung zu lernen. In Deutschland legt das alles neben den bekannten Sozialstaats-, Eigenverantwortungs- und Partizipationsdiskussionen auch eine Debatte über die Erneuerung des Subsidiaritätsprinzips nahe,<sup>18</sup> das die vergangene politische und soziale Ordnung bei uns lange Zeit mitbestimmt hat.

## Zum Schluss

Alles in Allem: Es geht um so etwas wie die soziale Ökologie des Engagementbereichs, die Wiederentdeckung und Neubewertung von Vielfalt, die Anerkennung von Verbindungen und wechselseitigen Abhängigkeiten, die Suche nach guten Balancen zwischen verschiedenen Kulturen und Arten von Engagement. Dafür braucht es eine Politik, die diese Vielfalt anerkennt und „kultiviert“, neue verbindende Formen und Synergien fördert, sodass beispielsweise Partizipationskonzepte auf vorhandenes Engagement bauen und umgekehrt alternativen Projekten Wege in den Mainstream gebnet werden. Politik sollte dabei so intervenieren, dass beides – Schutz vor Übergriffen politisch Mächtiger und ein respektvolles Fördern und Fordern – möglich wird.

Das Plädoyer, die sich gegenwärtig entfaltende Vielfalt von Engagement in ihren verschiedenen Spannungsbögen zur Kenntnis zu nehmen und zu würdigen, wäre also grundsätzlich missverstanden, würde es als Beliebigkeit interpretiert: „Hauptsache, Bürger tun etwas!“ Damit würde man einem rein formalen Engagementbegriff das Wort reden, der in letzter Konsequenz den Einsatz für Flüchtlinge genauso umfassen könnte wie den für

<sup>17</sup> Charles Sabel, Dewey, Democracy, and Democratic Experimentalism, in: Contemporary Pragmatism, 92 (2012) 2, S. 35–55.

<sup>18</sup> Vgl. Rolf Heinze/Thomas Klie/Andreas Kruse, Neuinterpretation des Subsidiaritätsprinzips und wohlfahrtsstaatliche Herausforderungen im demographischen und sozialen Wandel, in: Sozialer Fortschritt, (2015) (i. E.).

„ausländerfreie Zonen“ und der zugleich Engagementförderung politischen oder ökonomischen Opportunitätskalkülen anheimstellen würde. Ein wesentlicher Ertrag der unter der Chiffre „bürgerschaftliches Engagement“ geführten Debatte liegt darin, die Rede von Engagement in den Kontext der Idee der Zivilgesellschaft gestellt zu haben. Ohne Frage ist dieser Begriff mehrdeutig und die um ihn geführte Debatte vielschichtig. Gleichwohl hat sich ein Verständnis herausgebildet, das „Zivilgesellschaft“ nicht auf die Bezeichnung eines gesellschaftlichen Teilbereichs (nämlich des Dritten Sektors der freien Assoziationen) beschränkt, sondern als Modell für die Entwicklung von Gesellschaft insgesamt, im Sinne einer guten Gesellschaft, versteht.<sup>19</sup> Mit der Idee der Zivilgesellschaft sind historisch und kulturell höchst unterschiedlich ausgeformte und in verschiedenem Umfang eingelöste Normen der Demokratie, zivilen Solidarität und Gerechtigkeit verbunden, die im Kern auf eine möglichst weitgehende politische, soziale und kulturelle Integration möglichst vieler Mitglieder einer Gesellschaft zielen.<sup>20</sup>

Der Umfang, in dem dieses zivilgesellschaftliche Teilhabe- und Gerechtigkeitsversprechen eingelöst (oder verfehlt) wird, bietet sich als zentraler normativer Bezugspunkt an, wenn es um Engagementpolitik und Engagementförderung geht. Entsprechende Qualitäten – seien es gesellschaftliche Kontextbedingungen, Einstellungen der Bürger oder institutionelle Strukturen – lassen sich in ihrem Einfluss auf das Engagementniveau empirisch nachzeichnen.<sup>21</sup> Engagementpolitik braucht beides, Maßstäbe und ein Bild des Ensembles von Engagementformen, die einer Engagementpolitik als Orientierung dienen.

<sup>19</sup> Vgl. Adalbert Evers, Bürgergesellschaft light? Eine Wortmeldung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 19 (2006) 2, S. 103–108.; P.-S. Roß (Anm. 16); Thomas Klie, Zivilgesellschaft und Aktivierung, in: Michael Hüther/Gerhard Naegel (Hrsg.), Demografienpolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder, Wiesbaden 2015, S. 344–362.

<sup>20</sup> Vgl. Axel Honneth, Idee und Realität der Zivilgesellschaft. Jeffrey Alexanders Versuch, die Gerechtigkeitstheorie vom Kopf auf die Füße zu stellen, in: Leviathan, 41 (2013) 2, S. 291–308; Alexander Jeffrey, The Civil Sphere, Oxford 2006.

<sup>21</sup> Vgl. Baldo Blinkert/Thomas Klie, Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa, Freiburg/Br. 2015.